

Selbst die Rektorin muss zügeln

Die Uni Basel beabsichtigt, ihre Verwaltung zwischen Petersplatz und Hebelstrasse zusammenzuführen.

Benjamin Wieland

Die Verwaltung der Universität Basel ist heute auf mehrere Standorte in der Stadt verteilt. Geht es nach der ältesten Universität der Schweiz, findet man künftig alles unter einem Dach: In einem Verwaltungszentrum, das sich über mehrere Gebäude zwischen Petersplatz und Hebelstrasse erstreckt. Der künftige repräsentative Haupteingang der Uni-Verwaltung läge dann am Petersplatz, im Gebäude Nummer 14, dem Faesch'schen Fidelkommishaus aus dem 16. Jahrhundert.

Die Uni hat bereits eine Vorinklusive Machbarkeitsstudie ausarbeiten lassen. Das Resultat: Der Umzug ist machbar, doch die bestehende Bausubstanz bringt Herausforderungen mit sich. Denn die Häuser befinden sich in der Schutzzone, einige sind auch innen denkmalgeschützt. Der Umzug hat wegen allen notwendigen Arbeiten seinen Preis: Rund 36 Millionen Franken kostet laut Vorstudie die Verwaltung ihr neues Domizil.

Heute befinden sich die Abteilungen der Verwaltung der Hochschule in je zwei Gebäuden am Petersplatz und am Steingraben. Im so genannten Welinvest-Gebäude am Petersgraben 35 ist unter anderem das Rektorat untergebracht. Künftig



Die Uni plant, ihre Verwaltung zu verlegen. Das Rektorat wird künftig in diesem Gebäude am Petersplatz seinen Sitz haben. Bild: K. Nars

sollen auch diese Arbeitsplätze in das Geviert zwischen Petersplatz 14 sowie Hebelstrasse 1, 3 und 5 wechseln. Im Hof gibt es zudem einen Verbindungsbau aus den späten 1960er-Jahren.

Unter dem Strich weniger Flächen notwendig

All diese Gebäude gehören dem Kanton und stehen heute teilweise leer. Sie dienten früher als Forschungslabor und beherbergten das Zahnärztliche Institut. Am Petersplatz 14 befand sich dessen Sitz. Bei der Hebelstrasse 1 wiederum handelt es sich um das 1891 erbaute botanische Institut der Universität.

Laut dem Raumprogramm müssen für rund 290 Angestellte Arbeitsplätze bereitgestellt werden. Die Mitarbeitenden des Rektorats und der Direktionen haben grundsätzlich Anspruch auf je zehn Quadratmeter Fläche. Die Rektorin oder der Rektor sowie zwei Direktionsvorstehende hätten mehr zu Gute: Je 20 Quadratmeter dürfen ihre Einzelbüros gross sein. Mit der Zentralisierung würden unter dem Strich weniger Flächen notwendig, teilt Uni-Sprecher Matthias Geering mit.

«Es werden keine räumlichen Erweiterungen geplant», heisst es in der Vorstudie. Der

Die Gebäude gehören dem Kanton und stehen heute teilweise leer.

gesamte Gebäudekomplex befindet sich in der Stadtbildschutzzone. Wertvolle Substanz sei «verbindlich denkmalgeschützt». Es gibt jedoch auch Gebäudeteile, für die das nicht zutrifft, etwa für den Anbau im Hof zum Petersplatz 14. Bei anderen Gebäuden, jenen an der Hebelstrasse 3 und 5, gilt der Schutz wiederum nur für die Gebäudehülle.

Neuer repräsentativer Eingang am «Petis»

Das Faesch'sche Fidelkommishaus ist ein eingetragenes Denkmal. Der Kanton erwarb die Liegenschaft bereits 1923. Im Kern

handelt es sich um einen spätgotischen Bau, die Fassade zum Petersplatz ist klassizistisch gestaltet. Das Gebäude sei im Rahmen von Umbauten bereits «erheblich verändert» worden, heisst es in der Studie.

An der Fassade sind nun «minimale Massnahmen» vorgesehen. Der Eingang ist offenbar ungenutzt, jetzt soll er reaktiviert werden, «sodass er als Haupteingang des Gebäudes erscheint». Der heutige Eingang im Erweiterungsbau könnte beibehalten werden und als Personaleingang dienen.

Asbest in Bodenbelägen und im Fensterkitt

Ein Problem sind Schadstoffe. Bei Stichproben hat sich laut Vorstudie bestätigt, dass unter anderem Bodenbeläge, Fensterkittmaterial und Leichtbauplatten Asbest enthalten. Zudem sind auch mehrere Innenräume und Fassaden schadhaft.

Abschliessend den Umzug beschliessen müssen, neben dem Universitätsrat, auch beide Trägerkantone. Über die Investition entscheidet wiederum der Kanton Basel-Stadt. Der Zeitplan sieht vor, dass das Vorprojekt Mitte 2025 beginnt. Baubeginn wäre dann Mitte 2028. Einziehen am neuen Domizil könnten die Mitarbeitenden in der zweiten Hälfte 2031.